TURKMENISTAN

Neues Image

Bricht nach dem Tod des Diktators Saparmurad Nijasow Tauwetter in der südlichsten aller ehemaligen Sowjetrepubliken an? Anderthalb Jahrzehnte hatte die „Sonne der turkmenischen Herzen“ das Land an der Grenze zu Iran und Afghanistan von der Außenwelt isoliert und mit einem bizarren Personenkult überzogen, bevor eine Herzattacke im Dezember 2006 den Staatschef hinwegraffte. Nachfolger Gurbanguly Berdymuchammedow, Nijasows Zahnarzt, scheint nun viele Entscheidungen seines früheren Patienten rückgängig zu machen. Als Erstes tat er zwar, was in despotisch geführten Staaten üblich ist: Er steckte die engsten Vertrauten seines Vorgängers ins Gefängnis, darunter den einstigen Chefleibwächter, die graue Eminenz des Landes. Im Gegenzug ließ der Neue aber elf Männer frei, die wegen eines angeblichen Attentats auf den „Vater aller Turkmenen“ verurteilt worden waren – darunter den ehemaligen obersten Mufti des Landes. Anders als der „Turkmenbaschi“ zeigt der neue Staatschef auch keine Berührungängste beim Umgang mit dem Ausland. Nach Besuchen in China, Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten will er Ende September vor der Uno-Vollversammlung in New York auftreten; es folgen Visiten in den Hauptquartieren von EU und Nato. Revolutionäres wird zudem aus dem Landesinneren

Berdymuchammedow

Präsidentenpalast in Aschgabad

gemeldet: Berdymuchammedow verkündete dem verblüfften Volk die „Wiedergeburt Turkmenistans“ und den Übergang zur Marktwirtschaft; Löhne und Renten sollen angehoben werden. Die USA haben auf die Neuigkeiten aus dem unterentwickelten, aber erdgasreichen Wüstenstaat schnell reagiert. Ein Emissär des Washingtoner State Departments erreichte bei einem Besuch in der Hauptstadt Aschgabad, dass Turkmenistan sich am Bau einer Gaspipeline durch das Kaspische Meer beteiligen wird – einer Transportader, die Russland umgeht. Moskau muss das be-

FRANKREICH

Gefängnis statt Luxusbleibe?

Für einen schönen Lebensabend in Paris war alles vorbereitet. Dort hatte sich Manuel Antonio Noriega, dem Präsident François Mitterrand 1987 den Orden der Ehrenlegion verlieh, eine Reihe teurer Domizile zugelegt und dazu einige Millionen gebunkert. Doch auf den Einzug in die Rue de l'Université oder am Quai de Grenelle muss der frühere Diktator Panamas und Liebhaber teuren Whiskeys wohl verzichten. Nach der Verbüßung von 17 Jahren Haft in einer komfortablen Gefängniszelle in Miami – mit Telefon, Faxanschluss und kleinem Wohnzimmer – betreibt Frankreich seine Auslieferung. In Paris wurde Noriega 1999 in Abwesenheit wegen Geldwäsche zu zehn Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet 11,2 Millionen Euro verurteilt. Der General hatte seine Karriere als Chef des militärischen Geheimdienstes begonnen, er dealte dann mit Kokainhändlern und pflegte Beziehungen zu Fidel Castro. In den achtziger Jahren war Noriega in die „Irangate“-Affäre verwickelt, als im Auftrag der CIA Waffen nach Iran geliefert wurden, die Erlöse des Deals aber den antisandinistischen Contras in Nicaragua zugute kamen. Da war er schon Diktator der Republik Panama. Präsident George Bush senior schickte 1989 Truppen ins Land, ließ Noriega verhaften und nach Miami bringen, wo man ihn wegen Drogenhandels verurteilte. Nun ist Noriega Anfang 70, die USA wollen ihn nach Frankreich ausliefern, seine Anwälte haben dagegen Berufung eingelegt. In Paris käme der Ex-Diktator hinter Gitter, in seiner Heimat wohl nur in Hausarrest – aus Altersgründen.

Noriega (1990)

EYEVINE / INTEROPTICS

Prinz Talal

SHAHIL MAZRAAWI / AFP

SAUDI-ARABIEN

Rebellischer Prinz

Öffentliche Kritik an den konservativen Verhältnissen im Königreich ist im Allgemeinen gefährlich – es sei denn, man scheut die drakonischen Strafen nicht oder ist selber Mitglied des Königshauses. Nun hat Prinz Talal Ibn Abd al-Asis, 76, ein Halbbruder des saudi-arabischen Königs Abdullah, 83, einen solchen Vorstoß gewagt und die

SLOWENIEN

Druck auf die Presse

Die Regierung in Ljubljana setzt durch massive Eingriffe in die Pressefreiheit den Ruf des Landes als europäischer Musterschüler aufs Spiel – und das im Vorfeld der ersten EU-Ratspräsidentschaft ab Januar 2008. Die Vorwürfe reichen von Zensur bis zur Absetzung regierungskritischer Journalisten auf Druck der Regierung des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Janez Janša. Berichte über mehrere Geheimdienstaffären, in die auch Politiker verstrickt waren, seien immer wieder zensiert worden, behauptet etwa Blaž Zgaga von der renommierten Tageszeitung „Večer“. Auch der südosteuropäische Journalistenverband SEEMO in Wien ist alarmiert. Nach dem „vorbildlichen Verhalten“ zur Erfüllung der Kriterien für den EU-Beitritt schein

sich die Regierung nun „wieder größere Freiheiten herauszunehmen“, sagt SEEMO-Generalsekretär Vujović. So dränge die politische Führung immer wieder auf die Einsetzung regierungstreuer Chefredakteure, die sich der Politik, nicht aber einer unabhängigen Berichterstattung verpflichtet fühlen.

Janša

SKANDINAVIEN

Angst vor dem Bären

Finnlands Verhältnis zum übermächtigen Nachbarn Russland ist seit Jahrzehnten von einer alten Volksweisheit geprägt: „Man darf den Bären nicht necken“, lautet die überlieferte Maxime. Umso ungewöhnlicher ist es, wenn Politiker, Diplomaten oder Militärs doch in überraschend offener Form gegen Moskau mobil machen wie jetzt Helsinkis Verteidigungsminister Jyri Häkämies. Die „drei größten sicherheitspolitischen Herausforderungen für Finnland heute sind Russland, Russland und Russland“, sagte der konservative Politiker bei einem Vortrag in Washington. Häkämies verwies auf Moskaus zunehmende Bedeutung als Weltmacht, „militärische Stärke“ spiele dabei eine „Schlüsselrolle“. Der Nordpol und die unerschlossenen Energieressourcen in

den Gewässern der Region, strategische Interessen im hohen Norden sowie die wichtigen Transportrouten durch die Ostsee – dies alles werde „Russlands militärische Interessen neu erwecken“, orakelte der Finne. Zwar gingen Präsidentin Tarja Halonen und Premier Matti Vanhanen sofort auf Distanz. Doch Häkämies Attacke trifft auf eine neuerdings durchaus verbreitete Stimmung unter den Nordländern. Auch sein gerade ausgeschiedener Stockholmer Kollege Mikael Odenberg hatte gewarnt, die geplante Gaspipeline durch die Ostsee gefährde nicht nur deren Öko-Haushalt, sondern auch „die Sicherheit unseres Landes“. Die Röhre, die später von Soldaten überwacht werden soll, verläuft rund 500 Kilometer durch schwedische Hoheitsgewässer. Selbst die sonst zurückhaltenden Norweger sind alarmiert. So bezeichnet die militärische Forschungsanstalt in Oslo Russland inzwischen als „militärische Bedrohung“.

unruhigen: Es war bislang auf das Gros des turkmenischen Gasexports abonniert und hatte diesen Monat selber einen Deal mit den Turkmenen geplant. Am 12. September wollte Präsident Putin in Aschgabad einen Vertrag über den Bau einer Pipeline unterschreiben, die 20 Milliarden Kubikmeter Gas jährlich nach Russland pumpen soll – doch dazu kam es nun nicht.

Gründung einer weltlichen Partei angekündigt. Um die Gesellschaft aus dem „gefährlichen Tiefschlaf“ zu reißen, so Talal, müsse das Monopol „selbstgefälliger Machthaber in hohen Positionen“ gebrochen werden. Die Tiraden des Prinzen richten sich allerdings weniger gegen den König, der selbst als reformorientiert gilt, sondern gegen Innenminister Naïf Ibn Abd al-Asis und dessen reaktionäre Anhängerschaft. Talal hatte bereits in der Vergangenheit das Fahrverbot für Frauen und die allzu enge Auslegung islamischer Schriften verurteilt und damit den Hass der Religionsgelehrten auf sich gezogen. Parteien und Gewerkschaften sind in Saudi-Arabien verboten, als Verfassungsgrundlage dient allein das streng ausgelegte Scharia-Recht; politische Posten werden meist innerhalb der Herrscherfamilie aufgeteilt. Dass König Abdullah die lokale Presse angewiesen hat, den Entschluss seines Halbbruders „nicht negativ“ zu kommentieren, werten Beobachter allerdings als hoffnungsvolles Zeichen. „Er will seine Reformen verwirklicht sehen, solange er noch lebt“, so ein Berater des Monarchen.

Russische Marine